

Wir haben es hier zu tun mit einer Bilanz eines Windenergieverhinderungserlasses. Wir wollen einen Windenergieermöglichungserlass auf den Weg bringen, um unsere ehrgeizigen Ziele tatsächlich zu erreichen. Ob die gar nicht so ehrgeizig sind und gar nicht so weit weg sind – ich fände es wichtig, dass wir das gemeinsam anhand von konkreten Zahlen und auf konkreter Grundlage klären können. Ich möchte Ihnen ausdrücklich anbieten, dass wir hier eine gemeinsame Grundlage suchen.

Unsere Zahlen – die sind nicht von irgendwem, sondern wir haben uns schon eine fundierte Grundlage geschaffen – haben zum Ergebnis, dass wir unser 15-%-Ziel bis 2020 keineswegs als völlig unmöglich anzusehen haben, im Gegenteil. Nehmen wir an, dass wir bis 2020 einen konstanten Stromverbrauch haben, und lassen wir einen Moment die steigenden Erträge durch Repowering unberücksichtigt, dann brauchen wir zur Erreichung unserer Zielmarke zusätzlich ca. 7.000 Megawatt an installierter Leistung. Hierfür benötigen wir ca. 2.000 Neuanlagen. Über den Zeitraum bis 2020 können wir von einer durchschnittlichen Leistung bei Neuanlagen von mindestens 3,5 MW ausgehen.

Zudem ist bei konservativer Betrachtung bei Anlagen mit einer Nabenhöhe zwischen 130 und 150 Metern von einer Steigerung der Volllaststunden von derzeit 1.700 auf zukünftig 2.300 auszugehen. Der daraus zu erzielende Stromertrag – 15 Terawattstunden – würde zusammen mit den Altanlagen – 15,1 Terawattstunden – das Ziel von 15 % bequem erreichen können.

Berücksichtigen wir jetzt auch noch, dass durch das Repowering der Altanlagen eine erkleckliche Anzahl von Anlagen auf ein Drittel reduziert würde, dann ist das 15-%-Ziel schon mit der Anlagenanzahl, so wie wir sie heute haben, gut zu erreichen. Diese Berechnungen beruhen auf Zahlen, die wir extra noch einmal von der Deutschen WindGuard angefordert haben. Die Deutsche WindGuard bestätigt uns in unserer Annahme. Ich hoffe, dass Sie sich dieser Grundlage und dieser Berechnung anschließen können. Die Deutsche WindGuard gilt als höchst seriös und berät auch den Bundesumweltminister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen mit dem Ausbau der Windenergie auch den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken. Wir haben hier neben Niedersachsen das zweite Windenergie-Cluster, gerade was den Maschinenbau bzw. den Getriebebau angeht. Hier haben wir gute Chancen, auch über den Standort hinaus Arbeitsplätze und Umwelt- bzw. Klimaschutz miteinander zu verbinden und für Nordrhein-Westfalen zu einer Marke aus Nordrhein-Westfalen zu machen.

Dazu braucht es auch ambitionierte Ziele in Bezug darauf, hier den einen oder anderen technischen Fortschritt zu installieren, um zu zeigen, was Windenergie aus Nordrhein-Westfalen in Nordrhein-

Westfalen kann. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister Rimmel. – Für die CDU hat jetzt Herr Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute zum Thema „Windenergie“ sprechen. Windenergie ist wie die erneuerbaren Energien insgesamt ein wichtiges Thema und gerade für die CDU von großer Bedeutung. Wir wollen Klima und Umwelt gleichermaßen schützen. Die CDU hat ehrgeizige Ziele. Das sieht man auch daran, dass die Bundesregierung hier gerade in die Offensive gegangen ist.

Mich wundert, dass von den Rednern auf der linken Seite des Plenums die Wirtschaft derart in den Vordergrund gestellt worden ist. In meinen Augen ist es unbestritten, dass die Windenergie ein großer Wirtschaftsfaktor ist. Neben dem wichtigen Ziel des Klimaschutzes sollten wir eines aber nicht vergessen: Es geht nicht nur um das Klima, sondern um die Umwelt insgesamt. Und Umwelt bedeutet für mich auch Schutz des Waldes, Schutz der Fauna und nicht zuletzt Schutz des Menschen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Damit sind wir beim Thema. In der vergangenen Legislaturperiode hat die CDU-geführte Landesregierung Frieden an der Windenergiefront geschaffen. Dieser Konsens, der gut ist und sich bewährt hat, sollte durch den geplanten Erlass der Landesregierung nicht ohne Not aufgekündigt werden. Genau das tun Sie aber leider.

Konsens ist für mich zum einen unter den Regionen wichtig. In allen Regionen müssen gleichermaßen Flächen für Windenergieanlagen ausgewiesen werden. Es kann nicht sein, dass Windenergieanlagen lediglich in den Höhenlagen der Mittelgebirge errichtet werden. Auch an Rhein und Ruhr gibt es viel Wind, der gerade von den modernen Anlagen genutzt werden kann, die in großen Höhen arbeiten. Jeder kennt die Warntafeln „Vorsicht, Seitenwind!“, die man sieht, wenn man über den Rhein fährt. Wenn man einmal gemerkt hat, wie das Auto dort zum Teil hin und her gerissen wird, weiß man, dass es auch an Rhein und Ruhr ausreichend Wind gibt.

Konsens ist auch unter den Kommunen wichtig. Dazu haben wir von Herrn Deppe schon einiges gehört. Ich will das nicht noch weiter ausführen.

Herr Minister Rimmel, ich bitte Sie ausdrücklich: Sorgen Sie für eine gleichmäßige Verteilung der Windkraft in Nordrhein-Westfalen. Das ist für mich eine ganz wichtige Voraussetzung, damit die Bürger tatsächlich mitgenommen werden können. Man wird

wenig Akzeptanz finden, wenn es lokale Schwerpunkte gibt, an denen Windkraftanlagen überwiegend aufgestellt werden. Konsens kann es nur mit den Bürgern geben und nicht gegen die Bürger.

Die Bürger, die in direkter Nachbarschaft von Windkraftanlagen wohnen, leiden am meisten unter den lange bekannten negativen Folgen der Windkraftanlagen. Zu nennen sind der Diskoeffekt und die große Lärmentwicklung. Letztere kann mit einem Mindestabstand erträglich gemacht werden. Der Abstand von 1.500 m zur Wohnbebauung ist eine gute Lösung. Ich verstehe nicht, dass die Landesregierung daran etwas ändern will.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Gut und richtig ist auch, dass die Kommunen die Höhe der Anlagen begrenzen und damit den Bedingungen vor Ort anpassen können. Warum wollen Sie diese bewährten Instrumente jetzt ohne Not aufgeben? Sie gefährden damit die Akzeptanz der Windkraft insgesamt.

Beim Bau neuer Anlagen sollten zudem die Bürger direkt und schon bei der ersten Planung einbezogen werden. Die Bürgerbeteiligung ist ein hohes Gut.

Eine Steigerung der Akzeptanz ist in meinen Augen auch dadurch zu schaffen, dass die Bürger finanziell von den Windkraftanlagen profitieren können – Stichwort: Bürgerwindparks.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bislang ist es häufig so gewesen, dass Investoren und vielleicht die Grundstückseigentümer den Profit alleine eingesteckt haben. Die finanziellen Chancen solcher Windparks müssen meiner Meinung nach allen zugutekommen. Gerade die betroffenen Bürger haben so die Möglichkeit, durch Bürgerwindparks einen finanziellen Ausgleich für die Beeinträchtigungen zu erhalten, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Landesregierung sollte sich intensiv Gedanken darüber machen, wie Konzepte entwickelt werden können, die das unterstützen. Wir wollen nicht, dass unsere Bürgerinnen und Bürger den Kopf für den Profit der Energieanlagenbetreiber hinhalten müssen.

Einen weiteren Punkt, der gerade schon angeklungen ist, möchte ich noch vertiefen, nämlich den enormen Flächenverbrauch. Ich komme auf das vom Kollegen Deppe gerade schon gezeichnete Bild der 170 Fußballfelder zurück, die jede Kommune ausweisen muss. Ich habe extra noch einmal nachgefragt. Bei uns in der kleinen Großstadt Siegen gibt es im Moment 20 Sportplätze, die durch ihre Flutlichtanlagen auch gut sichtbar sind. Um auf Vorrangflächen in der Größe von 170 Fußballfeldern zu kommen, müssten wir also die achteinhalbfache Menge ausweisen. Mit den sehr viel höheren

Masten bedeutet das doch eine erhebliche Beeinträchtigung. Deswegen ist es wichtig, dass die Bürger mitgenommen werden und dass alles im Konsens besprochen wird.

Herr Stinka hat gerade den schleppenden Ausbau in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Das ist natürlich zu erklären. Wir hatten in den Jahren 2000 bis 2005 einen rasanten Anstieg der Windkraft in Nordrhein-Westfalen. Dann kam 2007 die Wirtschaftskrise. Das hat – zum einen – selbstverständlich zu einer Delle geführt.

Zum anderen ist der Bereich des Repowering jetzt noch nicht so interessant, weil die Anlagen noch relativ neu sind. Sie sind steuerlich noch nicht abgeschrieben; die technische Laufzeit ist noch nicht erreicht.

Der geplante Erlass wird allerdings dazu führen, dass Flächen ausgewiesen werden, die nicht erste Wahl sind. Wir sollten versuchen, optimale Anlagen an optimalen Standorten zu betreiben. Das bedeutet, dass wir verstärkt auf das Repowering setzen müssen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ja, gute Erkenntnis!)

Ich will auf einen letzten Punkt zu sprechen kommen: Das ist der Wald. Er liegt mir als Siegerländer natürlich ganz besonders am Herzen. Wir sollten diese Tabuzone nicht anfassen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Doch!)

Der Bau im Wald bedarf zunächst einmal einer ganz besonderen Straßenführung. Wir müssen Schwerlastverkehr in den Wald bringen. Dafür reichen die normal befestigten Wege nicht aus. Das Betreiben der Windkraftanlagen im Wald verschreckt die Tiere. Es wird einen ständigen Verkehr für Wartungsarbeiten, für Reparaturmaßnahmen usw. geben, der die Naturzone Wald in ganz besonderem Maße stört.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist der Brandschutz. Die großen Windkraftanlagen sind ganz besonders blitzeinschlaggefährdet. Was kann die Feuerwehr machen? Nichts. Sie fährt hin und sorgt dafür, dass die Anlage kontrolliert abbrennt. Wenn etwas herunterfällt, besteht eine große Gefahr für Waldbrände. Das dürfen wir uns nicht erlauben.

Ich komme zum Schluss; ich sehe, ich habe noch 19 Sekunden. Für uns gibt es einen Weg, wie wir im Konsens mit den Kommunen und vor allen Dingen in der Politik eine Lösung finden werden: Wir sollten uns auf Windparks mit einer Bürgerbeteiligung konzentrieren. Wir sollten die Windkraftanlagen im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen gleichmäßig im Land und bitte außerhalb des Waldes verteilen. Das ist möglich, wenn man es will. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)